



Helvetische Bank

Die Bank für Unternehmer

Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik E-ID: Kann es der Bund wirklich besser? von Tiziana Meier Seite 2	Kanton Zürich Gesundheitswesen: Neue Staatskosten abgewehrt von Lorenz Habicher Seite 3	Aktuell Eigenmietwert: Bauwirtschaft auf Abwegen von Hans Kaufmann Seite 5	Parlamentsgemeinden Linke Hetze endet in Gewalt von Samuel Balsiger Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Politprominenz der SVP am Stadtfest Uster Seite 4
--	---	--	---	--

ABSTIMMUNG ENERGIEGESETZ VOM 28. SEPTEMBER 2025

Der Klima-Wahn muss gestoppt werden

Keine Benzin-Autos, keine Ölheizungen und selbstverständlich auch keine Ferienflüge mehr – und das spätestens in 15 Jahren: Das wären die Konsequenzen, wenn die Zürcher Bevölkerung dem Energiegesetz und damit dem Klimaziel «Netto-Null 2040» zustimmt. Deshalb gilt: am 28. September 2025 NEIN zum Zürcher Klima-Wahn!



Der Klima-Sekte endlich das Handwerk legen: Sagen Sie am 28. September 2025 NEIN zum Energiegesetz!

Bild: zVg

In einem Anflug von Klima-Grössenwahn hat die Mitte-Links-Mehrheit im Zürcher Kantonsrat – bestehend aus SP, Grünen, AL, EVP, GLP und die Mitte – im vergangenen Frühling den Entwurf für ein neues Energiegesetz

mit dem Zusatz ergänzt, dass die Klimaneutralität im Kanton Zürich bereits bis 2040 zu erreichen ist und nicht erst bis 2050, wie es die Bevölkerung vor zwei Jahren an der Urne beschlossen hat.

Dramatische Folgen für den Kanton Zürich

Die Folgen für die Bevölkerung, die KMU und den Wirtschaftsplatz Zürich wären, wollte man dieses Ziel tatsächlich erreichen, verheerend: Netto-Null

2040 würde bedeuten, dass bis in 15 Jahren jede Öl- oder Gasheizung aus den Zürcher Gebäuden verschwunden sein müsste, auch aus denkmalgeschützten Häusern. Zahlreiche heute in Betrieb stehende Heizungen werden aber auch im Jahr 2040 noch voll funktionstüchtig sein – Enteignungen von Hauseigentümern wären also unumgänglich. Auch dürfte bis in 15 Jahren kein einziges Fahrzeug mit Benzin- oder Dieselmotor mehr auf den Zürcher Strassen unterwegs sein. 15 Jahre klingt nach viel, die Lebensdauer eines handelsüblichen PKWs ist aber oftmals länger – selbst ein heute gekaufter, hocheffizienter Diesel-Hybrid müsste in 15 Jahren ver-

Parolen der «Klimajugend» seit jeher Klimaschutz-Forderungen mit antikapitalistischem Gedankengut – «System change, not climate change».

Schoggi-Bananen gefährden das Klima

Und genau das macht dieses Gesetz so gefährlich: Sagt die Bevölkerung ja zu «Netto-Null 2040», würde dies den Bürokraten in der Verwaltung und den Aktivisten in der Politik in Sachen Klimaschutz zusätzliche Rechtfertigung liefern, die Gemeinden, die Bevölkerung und die Wirtschaft mit noch mehr Vorschriften, Verboten und neuen Steuern zu schikanieren. So wie unlängst den Verkäufer von Schoggi-Bananen in der Zürcher EM-Fanzone. Weil das Reglement der Stadt Zürich vorsieht, dass an Veranstaltungen auf öffentlichem Grund keine Lebensmittel verkauft werden dürfen, die per Flugzeug importiert werden, wurde dem Mann der Verkauf seiner Bananen verboten.

Es sind diese kleinen Nadelstiche, diese tausend kaum merklichen Mini-Regulierungen im Alltag, die die Bevölkerung immer weiter in den Klima-Sozialismus führen. Es besteht kein Zweifel: Netto-Null 2040 ist inakzeptabel. Aus diesem Grund muss das Energiegesetz am 28. September 2025 unbedingt abgelehnt und der Zürcher Klima-Wahn gebodigt werden. Vielen Dank, dass Sie uns dabei unterstützen!

Im beiliegenden Flyer finden Sie weitere Argumente für ein NEIN.



Ueli Bamert
Kantonsrat und
Co-Präsident SVP
Stadt Zürich
Zürich



42. Kantonales
SVP-Schiessen
19. / 27. - 28. Sept. 2025

Schützenhaus Uster
8610 Uster

 
svp-schiessen.ch

Schiessbetrieb

Freitag, 19.09.25
17.00 - 20.00 Uhr

Samstag, 27.09.25
08.30 - 15.30 Uhr

Sonntag, 28.09.25
08.30 - 11.30 Uhr

Festansprachen & Absenden
Sonntag, 28.09.25, ab 13.00 Uhr



Martin Hübscher
Nationalrat SVP



Domenik Ledergerber
Kantonsrat & Präsident
SVP Kanton Zürich

Jetzt mitmachen:
Wir freuen uns über jede Teilnahme und/oder Unterstützung!

Anmelden:



Unterstützen:





Lebensmittelpunkt einer Ständerätin

Im März entzog das Bundesgericht dem damaligen Schaffhauser Ständerat Simon Stocker Knall auf Fall das Mandat. Der SP-Mann hatte zum Zeitpunkt der Wahl seinen Lebensmittelpunkt in der Stadt Zürich. Was dem Wahlgesetz des Kantons Schaffhausen mit seiner strengen Wohnsitzpflicht widerspricht. Stocker unterlag bei den Neuwahlen dem freisinnigen Kandidaten Severin Brüngger – weil die Bevölkerung seine Wohnsitztrickserie nicht goutierte. Die Zürcher Ständerätin Tiana Moser ist am selben Tag wie Simon Stocker in die kleine Kammer gewählt worden. Im Gegensatz zum Schaffhauser Ex-Kollegen hat sich die Grünliberale nebenbei vier gutbezahlte Mandate gekrallt. Pünktlich zum Schulstart vermarktet sie jetzt in der «Schweizer Illustrierte» ihre sechsjährige Tochter Lotta auf sechs Bildern («Die Jüngste bald ganz gross»). Den «blauen Rucksack mit Wal-, Delfin- und Schildkrötenmotiv» habe Lotta schon im Mai aus gesucht. Bis Weihnachten ging Lotta in Bern in den Kindergarten. Es ist und bleibt ein Naturgesetz, auch wenn Tiana Moser vier Kinder hat: Wo die Kleinste ist, ist auch die Mutter. Zumal Papa Matthias Aebischer (SP) als Vater weiterer drei Kinder und Mitglied der Stadtberner Regierung alle Hände voll zu tun hat. Darum wird denn auch festgehalten: «Der Mittelpunkt der Familie ist eindeutig das Nesthäkchen.» Was bestätigt: Der Lebensmittelpunkt der Familie lag zum Zeitpunkt der Wahl von Tiana Moser in Bern – bei Nesthäkchen Lotta. Schon im Sommer vor den Wahlen hat die «Schweizer Illustrierte» die kleine Lotta auf sieben Bildern präsentiert («Zwischen Patchwork und Politik»). Um Moser als Patchwork-Politikerin ohne einheitlichen Familiensitz für den Ständerat zu propagieren. Auch im Kanton Zürich gilt für Ständeräte die «politische Wohnsitzpflicht». Wenn sich Job, Mann und Kind in Bern befinden, ist der Fall klar. Doch die Journalisten wollen aus dem Fall Moser keinen Fall Stocker machen. Es fehlte ja noch, dass ein Bürgerlicher die linksstädtische Eintracht von Tiana Moser und Daniel Jositsch stört. Immerhin besteht das Happy End bei den Artikeln über Tiana Moser darin, dass sie irgendwann zu Ende sind.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGSVORLAGE VOM 28. SEPTEMBER 2025

E-ID: Kann es der Bund wirklich besser?

Am 28. September 2025 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung zum zweiten Mal über die Einführung einer elektronischen Identitätskarte (E-ID) ab. Der Datenschutz bleibt auch bei dieser Vorlage nicht unumstritten.



Tiziana Meier
Sozialkommission
Wangen-Brüttisellen

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Einführung einer E-ID im Jahre 2021 an der Urne deutlich abgelehnt. Auf nationaler Ebene stimmten 64,4% gegen die Vorlage. Auch in Wangen-Brüttisellen wurde sie mit über 61% verworfen, bei einer hohen Stimmbeteiligung von 48,5%. Gründe für die deutliche Ablehnung waren vor allem Bedenken an der Datensicherheit. Bemängelt wurde aber auch, dass private Unternehmen und nicht der Staat die E-ID angeboten hätten. Mit dem neuen

Gesetz liegt die Verantwortung für die E-ID ausschliesslich beim Bund. Jener würde den digitalen Ausweis ausstellen und die hierfür nötige technische Infrastruktur betreiben. Die Daten werden auf Rechenzentren in der Schweiz gespeichert. Damit sollen die Datensicherheit und der Schutz der Privatsphäre gewährleistet werden.

Braucht es im Alltag eine E-ID?

Die E-ID wird auf dem Smartphone in einer Wallet-App mit dem kryptisch klingenden Namen «Swiyu» gespeichert, welche vom Bund zur Verfügung gestellt wird. Gemäss dem Bundesrat sei die E-ID wichtig, damit die Schweiz mit der Digitalisierung Schritt halten könne.

Natürlich bringt die Digitalisierung Vorteile mit sich und vereinfacht unser Leben in vielerlei Hinsicht. Aber ist die

Bevölkerung im Alltag wirklich auf eine E-ID angewiesen? Die Identität muss hierzulande gemäss Gesetz sehr selten nachgewiesen werden, so zum Beispiel, wenn man einen Strafregistrauszug bestellen muss oder wenn junge Personen Alkohol kaufen möchten. Banktransaktionen, die meisten Online-Bestellungen, aber auch die digitale Einreichung der Steuererklärung können bereits heute ohne E-ID abgewickelt werden.

Problematischer Paradigmenwechsel

Gemäss den Gegnerinnen und Gegnern der Vorlage würde das E-ID-Gesetz keine sicheren Datenschutz-Standards bieten. Generell würden digitale Ausweise einen problematischen Paradigmenwechsel darstellen: Während das Vorzeigen von klassischen Ausweisen für die Privatsphäre grösstenteils unbedenklich sei (da keine heiklen Daten gespeichert werden), könnten digitale Ausweise gespeichert und von Big-Tech-Unternehmen verwendet werden. Denn staatlich geprüfte Daten, wie jene von Pass oder Identitätskarte, seien gemäss den Referendumsbefürwortenden im Rahmen des Datenhandels viel begehrt als herkömmliche Personendaten. Zudem würde das heutige Datenschutzgesetz die Kommerzialisierung der Passdaten durch Unternehmen, wie sie vom E-ID-Gesetz geschaffen würde, nicht verhindern können. Darüber hinaus würde das neue Gesetz nicht garantieren, dass die E-ID in jedem Fall freiwillig bleiben wird.

Diverse IT-Pannen beim Bund

Andererseits ist fraglich, ob es für die Bevölkerung wirklich eine gute Nach-

richt ist, dass die zukünftige E-ID ausschliesslich vom Bund ausgestellt wird. Denn jener stand bezüglich seiner IT-Projekte und diverser IT-Pannen immer wieder in den Negativschlagzeilen. Beispielsweise hat die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) die Bundesbehörden in einem kürzlich publizierten Synthesevericht gerügt. Die Steuerung der Digitalisierung in der Bundesverwaltung sei zu komplex und die Zuständigkeiten unklar. Zudem würden bundesweite Tools eingeführt, ohne vorher die praktischen Bedürfnisse zu eruieren.

Ernüchternd sieht die Bilanz der EFK auch beim Schutz kritischer Infrastrukturen aus, welche die Versorgungssicherheit in der Schweiz gewährleisten sollten. Jene seien nur bedingt vor Cyberangriffen geschützt. So war die Bundesverwaltung in der Vergangenheit auch mehrmals von Cybervorfällen betroffen. Beispielsweise wurden vor zwei Jahren Daten des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit und des Fedpol von Cyberkriminellen gestohlen und im Darknet publiziert. Angesichts dieser Ereignisse kann man sich durchaus die Frage stellen, ob der Bund bei einer Annahme der Initiative überhaupt in der Lage sein wird, die notwendige Sicherheit der E-ID für die Nutzerinnen und Nutzer gewährleisten zu können.

Teure Namensfindung

Gemäss einer Tamedia-Zeitung hat der Bund einer Unternehmung aus Köln für den Namensfindungsprozess der E-ID-App stolze 62 300 Franken gezahlt. Die Gesamtkosten für die Entwicklung, den Betrieb der E-ID sowie der Infrastruktur betragen für den Zeitraum 2023–2028 rund 180 Millionen Franken. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entscheiden am 28. September 2025 an der Urne, ob sie der E-ID eine zweite Chance geben wollen.

SCHWEIZERISCHE DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN SCHAFFHAUSEN

Personenfreizügigkeit bringt nicht mehr Wohlstand

Im Zentrum der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Schaffhausen stand die masslose Zuwanderung. Sie ist verantwortlich für fast alle Probleme – insbesondere für die explodierende Kriminalität – unter denen die Schweizer Bevölkerung leidet. Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag wird sich die Lage weiter verschlechtern. Die SVP ist die einzige Partei, die die Probleme benennt und bereit ist, sie zu lösen. Die Delegierten fassten in Schaffhausen die NEIN-Parole zur linksextremen Enteignungsinitiative der JUSO und zum E-ID-Gesetz.

rw. Die Schweiz ist ein kleines, aber äusserst erfolgreiches Land. Doch die masslose Zuwanderung drückt unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur zunehmend die Luft ab. Zwischen 2000 und 2023 wuchs die Bevölkerung der Schweiz um unwahrscheinliche 23,7 Prozent – das ist ein Plus von 1,7 Millionen Menschen.

Wir erinnern uns: Vor der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit hiess es seitens des Bundesrates, es würden pro Jahr nur rund 8000 Zuwanderer kommen. Tatsächlich kamen 47 000 pro Jahr. Statt 176 000 EU-Zuwanderer kamen seit 2002 bis und mit 2024 insgesamt 1 037 000 EU-Zuwanderer zusätzlich in die Schweiz. Das sind 861 000 mehr als vom Bundesrat prognostiziert!

Gesamte Infrastruktur am Anschlag

Die Infrastruktur gerät an ihren Anschlag und der Ressourcenverbrauch steigt immer mehr an. Die Mieten explodieren und immer mehr Landwirtschaftsfläche verschwindet. Auch unsere Schulen sind überlastet, in vielen Klassen sprechen kaum mehr Kinder Schweizerdeutsch. «Sogar Lehrerinnen mit Kopftuch sollen unterrichten dürfen – so zumindest ein Fall aus meinem Kanton St. Gallen», beschrieb Nationalrat Mike Egger (SG) die Lage. Eine Schulgemeinde wollte auf das neue Schuljahr hin eine muslimische Lehrerin einstellen, die darauf bestand, das Kopftuch auch im Unterricht zu tragen. Die Schulgemeinde war einverstanden. Erst

nachdem Eltern davon gehört hatten und bei den Schulbehörden vorstellig wurden, krebste diese zurück und verzichtete darauf, die Kopftuchträgerin als Lehrerin zu beschäftigen.

Zuwanderung heizt Fachkräftemangel an

Laut Gastredner Reiner Eichenberger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Freiburg, ist auch die Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit «Sprengstoff für die Schweiz». Eichenberger räumte auf mit der Mär, dass die Zuwanderung der Schweizer Bevölkerung Wohlstand bringe: «Die Schweiz hat im europäischen Vergleich das grösste Bevölkerungswachstum, aber ein kleines Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens.» Falsch sei auch, dass die Zuwanderung nötig sei, um den Mangel an Fachkräften zu mindern. «Das Gegenteil ist der Fall – die Zuwanderung heizt den Fachkräftemangel an.» Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit der Wegfall der Bilateralen I wäre laut Reiner Eichenberger für die Schweiz gut verkraftbar, wie eine vom Bund beauftragte Studie zeige.

Als ob die bestehenden Herausforderungen durch die Zuwanderung nicht schon gross genug wären, will der Bundesrat mit dem EU-Unterwerfungsvertrag die Zuwanderung weiter erleichtern. Neu sollen EU-Bürger schon nach fünf statt wie bisher nach zehn Jahren das Daueraufenthaltsrecht in der Schweiz bekommen. Zudem soll der Familiennachzug ausgeweitet werden.

Das ist klare Sabotage an den bisherigen Gesetzen.

Gefährliche Überwachungsgrundlage

Dass die sogenannte E-ID nicht ein Randthema ist, zeigte Nils Fiechter, Präsident der Jungen SVP Schweiz. Über die Abstimmung vom 28. September zum E-ID-

Gesetz (Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise) fassten die Delegierten mit 241 Nein- zu 52 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen die klare NEIN-Parole. Die E-ID sei eine grosse Gefahr für die Freiheit aller Bürger, meinte der Berner Grossrat. Sie biete die Grundlage zur umfassenden Überwachung und Kontrolle und sei das Einfallstor zur Einschränkung unserer Grundrechte. Das E-ID-Gesetz sei im Übrigen vom höchst undemokratischen Grundsatz geprägt, etwas durchstieren zu wollen, was das Volk offensichtlich nicht wolle.



Gastreferent Prof. Dr. Eichenberger (rechts) räumte auf mit der Mär, dass die Zuwanderung der Schweizer Bevölkerung Wohlstand bringe. Bild: SVP Schweiz

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Linke Angriffe auf das Gesundheitswesen abgewehrt

Nach sechs Wochen ratsfreier Zeit traf sich der Kantonsrat am vergangenen Montag zu seiner ersten Sitzung nach der langen Sommerpause. Braungebrannt und bestens erholt widmeten sich die Zürcher Volksvertreter zahlreichen gesundheitspolitischen Vorstössen – und verabschiedeten am Schluss ein altes Schlachtross der Zürcher Politik.



Ueli Bamert
Kantonsrat und
Co-Präsident SVP
Stadt Zürich
Zürich

Unter den Augen und der kritischen Begutachtung von Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli debattierte der Rat am vergangenen Montag zahlreiche linke Vorstösse zur Gesundheitspolitik. Zur Ouvertüre wurden zwei Postulate behandelt, welche je einen Bericht zur Digitalisierung im Zürcher Gesundheitswesen gefordert hatten. Nun symbolisiert den Leerlauf des Parlamentsbetriebs nichts so sehr wie überflüssige Postulate – und wenig überraschend förderten auch diese beiden Geschäfte keine neuen Erkenntnisse zum behandelten Thema zutage. Sie konnten daher ohne grosse Diskussion abgeschrieben werden. «Viel Lärm um nichts», würde Shakespeare sagen.

Als Nächstes auf dem Menu stand alter Wein in neuen Schläuchen: Ginge es nach den Linken, müsste ein kanto-

naler Spitalverbund geschaffen und damit die Zusammenarbeit der Zürcher Spitäler gefördert werden. Eine Forderung, die der Kantonsrat bereits 2018 abgelehnt hatte, wie SVP-Sprecher Lorenz Habicher trefflich bemerkte. Sie sei heute wie damals immer noch gleich unnötig, schliesslich stehe es den Spitätern doch bereits heute offen, sich zu einem Verbund zusammenzuschliessen. Resultat: ein klares Nein des Kantonsrats.

Dauerthema Kinderspital

Zum nächsten Geschäft bemerkte Natalie Rickli lapidar, das Kinderspital stehe beinahe jedes Mal auf der Traktandenliste, wenn sie zu Gast im Rat sei: In einer Motion forderten SP und AL, die Trägerschaft des KiSpi sei von der Eleonorenstiftung auf die öffentliche Hand zu übertragen – eine Forderung, die bereits mehrfach geprüft und jedes Mal verworfen worden ist. So auch diesen Montag: Der Rat sagte mit 109 zu 62 Stimmen Nein zu diesem unüberlegten linken Vorschlag.

Als letztes Geschäft des Tages wurde eine Forderung der Linken behandelt,

der Kanton Zürich solle eine öffentlich-rechtliche Krankenkasse betreiben. Eine gefährliche Forderung nach noch mehr Verstaatlichung im Gesundheitswesen, welche vom Rat glücklicherweise ebenfalls deutlich verworfen wurde. Inhaltlich also ein erfolgreicher Montag für die SVP und die bürgerliche Seite, konnten doch alle linken Angriffe auf das Zürcher Gesundheitswesen an diesem Morgen abgelehnt werden.

Adieu Jürg Sulser

Kurz vor dem Mittag hob dann Ratspräsident Beat Habegger noch zu einer kurzen, aber umso kräftigeren Laudatio auf unseren Ratskollegen Jürg Sulser an, der nach 14 Jahren am Montag seinen letzten Arbeitstag als Kantonsrat hatte. Jürg hat den Rat während seiner Amtszeit und insbesondere während seines Amtsjahrs als Ratspräsident nicht nur mit seiner kräftigen Stimme, sondern auch mit viel Elan und Tatkraft geprägt. Jürg, auch im Namen der SVP-Fraktion, bleibt mir nur, Dir für Deinen langjährigen Einsatz herzlich Danke zu sagen – mach's guet!



Linke Angriffe abgewehrt: Das Kinderspital bleibt unter privater Trägerschaft.

Bild: Kinderspital Zürich/Maris Mezulis

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Neue Staatskosten im Gesundheitsbereich erfolgreich bekämpft



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Die Sommerferien sind vorbei, ein neues Schuljahr beginnt und diverse Ratsmitglieder treffen mit etwas Verspätung zur Sitzung ein. Menschlich und verständlich, wenn die eigenen Kinder eingeschult werden! Der Ratsweibel ist noch mit den Unterschriftenlisten (Präsenz) unterwegs und doch verweigert der Leiter Parlamentsdienste den (zu) spät Eintreffenden die Möglichkeit, sich einzutragen... Formalistisch korrekt, dennoch kleinlich, wenn die entsprechenden Listen noch bei linken Ratsmitgliedern, die zu unterschreiben «vergessen» haben (?), zur Unterschrift vorliegen.

Geschäfte der Gesundheitsdirektion und somit der KSSG (Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit) werden an diesem Morgen besprochen. Ein erfreulicher Morgen für unsere SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli, so werden alle behandelten Geschäfte in ihrem Sinne abgeschrieben und erledigt. Neue Forderungen der Linken und Grünen sind chancenlos! Weder ein Zürcher Gesundheitsverbund noch die Verstaatlichung des Kinderspitals noch eine kantonseigene Zürcher Krankenkasse finden Mehrheiten. Zum guten Glück sehen nicht nur SVP und FDP die unbestimmte Kostenfolge und die Aufblähung des Staatsapparates als untaugliche Mittel im schon sehr stark regulierten Gesundheitswesen. Hier zeigt sich für ein Mal, warum sich vor einigen Jahren die Grünliberalen von den Grünen getrennt haben.

Bei diesen Geschäften offenbarte sich die immer und immer wiederkehrende linke Doktrin: Nur der Staat kann es richten oder muss es zumindest steuern und kontrollieren, schlimmstenfalls sanktionieren und Private gehören enteignet. Die Kosten werden von den Steuern der «Reichen» gedeckt oder, koste es, was es wolle, mit Abgaben und Gebühren finanziert!

Freiwilligkeit genügt nicht, staatlicher Zwang ist die einzig akzeptierte Lösung in diesen Reihen... Mit der Ablehnung dieser drei Motionen (KR-Nr. 159, 160 und 168/2024) konnten neue Kosten in Milliardenhöhe für den Kanton Zürich erfolgreich abgewendet werden.

Die erste Sitzung nach den Sommerferien hat mit dem Eintritt von drei neuen Ratsmitgliedern begonnen und endete mit dem Rücktritt von Alt Kantonsratspräsident Jürg Sulser (SVP, Otelfingen). Am 9. Mai 2011 in den Kantonsrat eingetreten, war Jürg Sulser für seine klare Gewerbepolitik und den direkten aber charmanten Auftritt bekannt. Jürg Sulser, der Schiedsrichter mit Krawatte, hat einen stilvollen Abschied mit Wurst und Brot gefeiert und die SVP-Fraktion wird ihren «Transporter» bei kommenden gesellschaftlichen Anlässen sicherlich vermissen. Lieber Jürg, allzeit gute Fahrt.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Die SVP-Fraktion verabschiedete am Montag ihren langjährigen Ratskollegen Jürg Sulser.

Bild: zvg

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



Brandgefährliches Energiegesetz
Schluss mit dem linksgrünen Klima-Wahn



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Die spinnen, die Politiker!

Statt die gescheiterte Personenfreizügigkeit endlich zu beerdigen, will sie der Bundesrat im neuen Rahmenabkommen sogar noch ausbauen – mit automatischer Rechtsübernahme aus Brüssel.

Die Bilanz ist verheerend: 1,4 Millionen Zuwanderer in 20 Jahren. Masslose Zuwanderung, explodierende Wohnkosten, überfüllte Schulklassen, wachsender Druck auf Sozialwerke und Infrastruktur – die Folgen spüren wir im Kanton Zürich täglich.

Preisgabe unseres Landes

Und jetzt das: Das Rahmenabkommen 2.0 macht alles noch schlimmer. Die «NZZ» hat es aufgezeigt: Erweiterte

Familiennachzüge. Null politische Kontrolle. Entscheide aus Brüssel werden automatisch übernommen – widersprechen wir, hagelt es Retorsionsmassnahmen. Das ist keine Souveränität mehr. Das ist Placebo-Demokratie.

Gerade wir im Kanton Zürich mit der höchsten Zuwanderungsrate spüren den Wahnsinn täglich: Das alles ist die direkte Folge der naiven Personenfreizügigkeit der Bilateralen I. Statt aus den Fehlern zu lernen, soll dieser gescheiterte Weg im Rahmenabkommen 2.0 jetzt endgültig verankert werden.

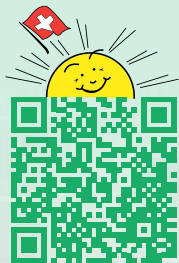
Mit dynamischer Rechtsübernahme verlieren wir auch noch den letzten Rest politischer Kontrolle.

Wegweisende Abstimmung
Schluss damit! Die SVP spricht Klar- text: Die Personenfreizügigkeit gehört neu verhandelt – oder gekündigt. Nächstes Jahr stimmen wir über die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ab. Das ist der erste wichtige Schritt.



von Tobias Weidmann

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



BILL GATES – DER SCHWIERIGE SCHÜLER

Eine Biografie erzählt die Kinder- und Jugendjahre des Microsoft-Gründers

Wäre der kleine Bill Gates heute ein Schüler in der Schweiz, würde er unter Ritalin gesetzt und die Eltern hätten Ärger mit der KESB. Die Biografie ist ein vergnüglicher Bestseller.



Martin Bürlimann
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen AG

Heute würde man das wohl Inselbegaubung nennen: «Ich verfolgte alles, was mich interessierte – und beachtete alles andere nicht», erzählt Bill Gates rückblickend in seiner Autobiografie. Zu den Dingen, die den kleinen Schüler interessierten, gehörten Lesen, Mathematik und den eigenen Gedanken nachhängen. Alles andere blieb unbeachtet, insbesondere alles, was die Lehrer und die Eltern von ihm verlangten. Er war ein schwieriges Kind. Der Kampf der Eltern mit dem überaktiven, superintelligenten, widerspenstigen, ungestümen und unzählbaren Bub sollte den Grossteil der Familienenergie absorbieren. Der wilde Junge prägte in den 1960er-Jahren die Familie Gates.

In der Schule avancierte er zum Klassenclown. «Mich interessierte der Lernstoff meist nicht. Wenn etwas meine Aufmerksamkeit erregte, sprang ich vom Stuhl auf, meldete mich hektisch oder rief die Antwort einfach heraus.» Bill verfiel in überschwängliche Ausgelassenheit – und schaukelte und wippte dabei unaufhörlich. Er wippte mit dem Stuhl, mit dem Kopf, mit den Knien; ohne Ende.

Ein hyperaktiver Zappelphilipp

Die Antwort der Eltern und der Schule in Seattle auf das Problem mit dem hyperaktiven Kind ist lehrreich. Von den Eltern gab es für eine Bestnote einen Burger in einem Restaurant nach Wunsch. In Mathematik war Bill einsame Spitze. Die Schule beschäftigte das dauerwippende Zappelkind mit einer Aufgabe. Die Bibliothekarin erklärte ihm das Buch-Ausleihsystem mit dem Zahlencode, sagte ihm, dass viele Bücher un auffindbar seien, liess ihn die falsch sortierten Bücher suchen und in das richtige Regal stellen. Die Bibliothekarin ernannte den Schüler Bill zum offiziellen Assistenten. Er begriff das Dewey-Dezimalsystem der Bibliothek rasch und erstellte eine Art Logistik-System, um Bücher systematisch zu ordnen.

Die Schule hatte für das Fach Mathematik eine Telefonleitung zu einer Computerfirma eingerichtet, in der Hoffnung, dass sich die Kids mit dieser neuen Technologie beschäftigen. Bill stieg sofort darauf ein. «Wir versammelten uns vor diesem Ding, das aussah wie eine Schreibmaschine mit einer Telefonwählscheibe». Darauf programmierte er mit einem Kumpel namens Paul Allen – später Mitbegründer von Microsoft – ein Buch-Ausleihsystem und ein Stundenplan-Programm in der Computersprache BASIC, das sein Mathematiklehrer umgehend in der Schule implementierte.

Schule und Lehrstoff liess er grösstenteils sausen. Bill und seine Nerd-Freunde schrieben Source Code und programmierten nächtelang wie die Irren. Dazu

mussten sie die Telefonanlage des Schulcomputers überlisten. Als der Mathe-Lehrer dies merkte, bestrafte er nicht etwa die Jungs, sondern löste das Problem unter der Hand zusammen mit der Computerfirma.

Unendliche Wanderungen

Die Familie Gates war überfordert mit dem Jungen. Er unternahm mit Pfadfinderfreunden im Alter von 13 Jahren weite Wanderungen in den Bergen von Seattle, in einer Zeit ohne Funktelefone und Rettungsdienste. Sie waren oft sieben Tage am Stück unterwegs, nur mit Karte und Kompass ausgerüstet. Sie wanderten hunderte Meilen ohne Erwachsenenbegleitung durch den Olympic National Forest und die Glacier Peak Wilderness. Bei den Klettertouren an den Felsen der Pazifikküste mussten sie die Gezeiten berücksichtigen; wer hier einen Fehler macht, kehrt nicht mehr zurück.

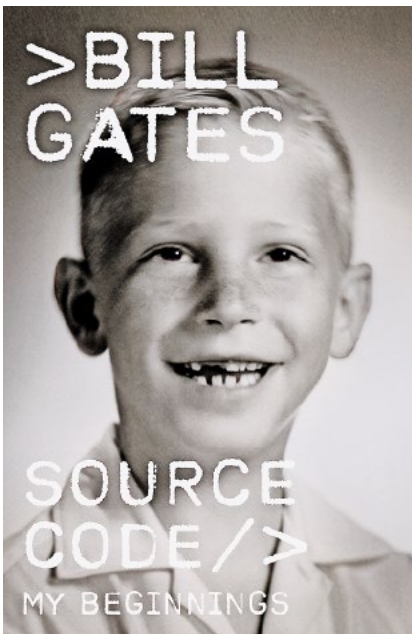
Bill Gates im Lehrplan 21?

Man stelle sich dieses Szenario im heutigen Schweizer Schulsystem vor. Ein 13-Jähriger, wochenlang ohne Erwachsenenbegleitung in der Wildnis unterwegs, ein Zappelphilipp, der den Unterricht stört, der die Telefonanlage knackt, um zu programmieren statt zu lernen – wie würden die Sozialarbeiter im Lehrplan 21 reagieren? Ohne Zweifel setzte man den Schüler Bill heute mit Diagnose Asperger oder ähnlichem unter Ritalin; und die KESB würde bei den Eltern intervenieren, weil sie keine Ahnung haben, wo sich der Jüngling befindet.

Das Buch ist vergnüglich geschrieben, zeigt die Kindheits- und Jugendjahre eines Besessenen und ist gleichzeitig eine Anregung für Lehrer und Eltern, wie man mit «schwierigen» Kindern umgehen kann.

Im nächsten Zürcher Bote: Bill Gates – der junge Unternehmer.

Source Code – Meine Anfänge. Die Autobiografie des Microsoft-Gründers. ISBN 978–3-492–07311–0. Piper Verlag, 384 Seiten, ca. 30 Franken.



Wie würden Sozialarbeiter heute wohl auf einen Bill Gates reagieren? Bild: zVg

27. ZÜRCHER KANTONALSCHÜTZENFEST

Vorderladersalven und Kanonenschüsse eröffneten Schützenfest

Mit je drei Vorderladersalven und Kanonenschüssen wurde im Festzentrum das 27. Zürcher Kantonalschützenfest im Zürcher Weinland eröffnet. Dazu werden über 5800 Teilnehmer erwartet.

RoMü. In diesem Jahr ist das 27. Zürcher Kantonalschützenfest im Zürcher Weinland der grösste Sportanlass in der Region. An den drei verlängerten Wochenenden werden gesamt über 5800 Teilnehmer aus rund 700 Vereinen erwartet. Zum offiziellen Start am Freitagmorgen liess es das OK buchstäblich beim Festzentrum in Humlikon krachen.

Kurz vor 8.00 Uhr setzten die Schützen der Compagnie 1861 mit dem Vorderlader zum dreifachen Salut an. «Wir feiern nicht nur die Tradition, sondern wollen mit diesem Schützenfest auch die Kameradschaft stärken», führte OK-Präsident Urs Stähli vor versammelter Festgemeinde aus.

Zugleich würdigte Stähli auch den Einsatz des anwesenden kantonalen Sicherheitsdirektors, Regierungsrat Mario Fehr, für den Schiesssport. Fehr selber präsidiert das Patronatskomitee. «Heute ist der Startschuss ein Meilenstein in der Geschichte des Zürcher Kantonalschützenfestes. Möge das Fest ein Erfolg werden und von Fairness geprägt sein», hielt Stähli abschliessend fest. «Im Weinland hält man zusammen», so Regierungsrat Mario Fehr. Für ihn stehen hier der Wein, die Kultur und Natur für eine Region, wo die Menschen aus nah und fern zusammenfinden. So stehen in dieser Region das Miteinander, das Gesellige und das Verlässliche im Zentrum. Für diese Ziele stehen auch die Schützen mit ihrer Verlässlichkeit, Bescheidenheit, Kameradschaft und Geselligkeit ein, wo aber Präzision und Zielgenauigkeit gefragt sind. «Bei den

Schützen fühle ich mich sicher und seit jeher wohl», so Fehr.

Danach wurde um Punkt 8.00 Uhr die Kanone durch die Maritz-Batterie geladen und mit einem dreifachen Salutschüssen das 27. und zweite im Weinland durchgeführte Kantonalschützenfest eröffnet.

Auf zehn Schiessplätzen wird geschossen

Die angemeldeten 4547 Schützen mit dem Gewehr 300 m tragen das Zürcher Kantonalschützenfest in Berg am Irchel, Embrach, Flaach, Henggart, Kleinandelfingen, Ossingen, Rheinau/Dachsen,

Trüllikon und Unterstammheim aus. Die Gewehrschützen 50 m, in welcher Kategorie sich 423 Personen eingeschrieben haben, geniessen das Gastrecht bei den Sportschützen der Stadt Winterthur in Veltheim. Für die gesamthaft 906 Pistolenschützen 25 m und 50 m stehen die Stände in Kleinandelfingen und Unterstammheim offen. Am ersten Wochenende wurde bis am Sonntagabend geschossen.

Das zweite, verlängerte Wochenende dauert von Freitag, 22. August, bis Montag, 25. August. Das Schützenfest endet sodann am letzten Augustwochenende.



Das grosse Gruppenbild mit den Ehrengästen und OK zum Start des 27. Zürcher Kantonalschützenfestes.

Bild: RoMü

SVP Uster am Stadtfest 5. bis 7. September 2025 Für eusi Lüüt – für euses Uster

Unsere Gäste: Freitag, 5. September



Albert Rösti
Bundesrat / 20–21 h



Anita Borer
Kantonsrätin / 18–23 h



Patrick Walder
Kantonsrat / 18–23 h



Alfred Heer
Nationalrat / 19–22 h



Jacqueline Hofer
Kantonsrätin / 19–21 h



Mauro Tuena
Nationalrat / 19–23 h

Unsere Gäste: Samstag, 6. September



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin / 11–13 h



Bruno Walliser
Nationalrat / 11–13 h



Ueli Pfister
Kantonsrat / 12–15 h



Domenik Ledergerber
Kantonsrat & Präsident
SVP Kt. Zürich / 13–15 h



Thomas Matter
Nationalrat / 13–15 h



Benjamin Fischer
Nationalrat / 17–19 h



Tobias Weidmann
Kantonsrat & Fraktionspräsident
SVP Kt. Zürich / 17–19 h



Anita Borer
Kantonsrätin / 19–23 h



Mauro Tuena
Nationalrat / 19–23 h



Tobias Infortuna
Kantonsrat / 21–23 h

Unsere Gäste: Sonntag, 7. September



Barbara Steinemann
Nationalrätin / 13–15 h



Anita Borer
Kantonsrätin / 13–15 h



Liste 2 wählen!
Gemeinderatswahlen | 12. April 2026

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei
und setzen Sie sich für unser Land ein.



BAUWIRTSCHAFT AUF ABWEGEN

So behandelt man keine guten Kunden

Ein paar Verbandsleute aus dem Baugewerbe und linksgrüne Politiker, die noch nie in der Realwirtschaft ihren Lebensunterhalt verdient haben, machten sich im August 2025 an einer Medienkonferenz gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes stark. Sie behaupten, ohne steuerliche Abzugsfähigkeit der Kosten würden Unterhaltsarbeiten und energetische Sanierungen nicht mehr getätigt.



Hans Kaufmann
Alt Nationalrat SVP
Wettswil am Albis

Das Gegenteil ist der Fall. Wenn die Hausbesitzer weniger Steuern für ihre Liegenschaften bezahlen müssen, bleibt ihnen mehr Geld für Renovationen und Unterhalt übrig. Mit Abzügen lassen sich keine Unterhaltsarbeiten finanzieren. Zuerst muss Geld erwirtschaftet werden. Die Bauwirtschaftsvertreter verfügen zudem über ein schlechtes Erinnerungsvermögen.

Mehr Geld statt mehr Abzüge

Vor 20 Jahren wurde doch ein umfangreiches Steuerpaket an der Urne abgelehnt. Teil dieses Paketes war auch die Abschaffung des Eigenmietwertes. Damals wollte man grössere Unterhaltsarbeiten weiterhin steuerlich abzugsfähig belassen, nicht zuletzt deshalb, weil solche ja auch Mehrwertsteuern abwer-

fen. Beim damals höheren Zinsniveau konnten die Eigenheimbesitzer noch rund 300 Millionen Franken mehr Zinskosten von ihrem steuerbaren Einkommen abziehen, als ihnen Eigenmietwerte angerechnet wurden. Beim Wegfall des Eigenmietwertes und der Zinsabzüge hätten die Eigenheimbesitzer wesentlich mehr Steuern bezahlen müssen. Um die Steuerneutralität der Vorlage zu sichern, sollten damals die erwähnten Abzüge für Unterhaltskosten weiterhin zugelassen werden.

Linksgrüne Eigentumsfeinde

Damals stellten sich die rotgrünen Neidpolitiker gegen die Vorlage, weil sie «befürchteten», dass dann die Reichen ihre Liegenschaften laufend mit Renovationen und Unterhalt auf dem neuesten Stand halten würden. Dass die Bauwirtschaft bzw. ihre Vertreter erneut auf die linksgrünen Eigentumsfeinde hereingefallen sind, ist bedenklich.

Haben sie vergessen, dass jene, gegen die sie sich nun mit Linksgrün ins Bett legen, ihre Kunden sind? Es sind die gleichen Roten und Grünen, die den Im-

mobilienbesitzern mit Mietdeckeln und Enteignungen drohen. Glaubt die Branche allen Ernstes, dass damit die Bauwirtschaft angekurbelt wird?



Ohne Geistersteuer bleibt Eigentümern mehr Geld für Renovationen und Unterhalt.

Bild: Pixabay

ARTIKELSERIE «GRÜNE TRÄUME»

Heizen ohne fossile Brennstoffe

Die Grünen wollen alle Gas- und Ölheizungen verbieten und nur noch erneuerbare Energieformen für das Heizen zulassen. Der staatliche Zwang zum Ausstieg aus den konventionellen Heizungen kostet die Hauseigentümer einige Milliarden und schadet der produzierenden Wirtschaft.



Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

«Zwischenziel Gebäude: Ab 2023 keine neuen Erdölheizungen oder andere fossile Heizsysteme; forcierte Erneuerungen. Netto-Null bei den Gebäuden bedeutet einen vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energieversorgung sowie Effizienzsteigerungen.»

Die Grünen wollen bis 2040 alle Heizungen mit fossilen Brennstoffen durch solche ohne fossile Brennstoffe ersetzen. Dafür kommen Systeme mit Holz, Wärmepumpen, thermische Solarpanele oder Kombinationen dieser Systeme infrage.

Die Schweiz benötigt derzeit 63 000 GWh fossile Brennstoffe pro Jahr für das Heizen. Elektrische Wärmepumpen wandeln 20–35% Strom (Antriebsener-

gie) und 65–80% Umgebungswärme in 100% Nutzenergie um. In unseren Rechenbeispielen gehen wir von einem Bedarf von 30% elektrischer Energie aus.

14 000 Fussballfelder mit Solarpanelen für die Heizungen

Anhand dieser Angaben kann man die folgenden Überlegungen anstellen: Um 63 000 GWh Nutzenergie mit Wärmepumpenanlagen zu erzeugen, benötigen wir 19 000 GWh elektrische Energie zum Heizen. Angenommen, jeder Quadratmeter Solarpanele produziert etwa 200 kWh pro Jahr, benötigen wir 13 432 Fussballfelder mit Solarzellen, um die Wärmepumpen mit Strom zu versorgen. Zudem müssen wir Erdsonden bohren, Grundwasser oder Flusswasser als Energielieferant für die Umweltwärme nutzen oder den Lärm der etwas lauterer Luftwärmepumpen in Kauf nehmen.

Man könnte nun auch argumentieren, dass man, statt 13 000 Fussballfelder mit Solarenergie zu belegen, die be-

nötigte Energie mit Windenergie produzieren könnte. Nehmen wir also an, dass die elektrische Energie für das Heizen mit Windenergie bereitgestellt werden soll. Das Bundesamt für Umwelt hat sich zum Ziel gesetzt, dass in der Schweiz bis 2050 bis zu 4,3 TWh Windenergie erzeugt werden sollen. Suisse Eole geht sogar von neun TWh aus. Gegenwärtig sind jedoch nur etwa 0,13 TWh pro Jahr installiert.

Um 4,3 TWh zu erzeugen, wären 800 Windturbinen mit einer Leistung von fünf GWh pro Jahr (bisherige Turbinen) oder 600 Windturbinen mit einer Leistung von sieben GWh pro Jahr erforderlich. Diese grösseren Turbinen hätten Rotoren mit einem Durchmesser von 140 m und einer Turmhöhe von 220 m. Zum Vergleich: Der Prime Tower in Zürich ist 122 m hoch.

Bis 2050 sollten also 4300 GWh Strom zum Heizen aus Windkraft gewonnen werden. Das entspricht jedoch nur knapp einem Viertel der benötigten 18 806 GWh.

Die beiden Beispiele zeigen, dass es unklar bleibt, woher die benötigte Energie für die Wärmepumpen stammen soll.

Unsere Landschaft verschandeln?

Fernwärme wird aus der Kehrichtverbrennung, aus Industrieabwärme oder auch mittels Wärmepumpen gewonnen. Weil im Winter oft mehr Energie benötigt wird, als die Kehrichtverbrennung erzeugen kann, wird teilweise zusätzlich mit Erdöl oder Erdgas geheizt. Also auch Fernwärme braucht unter Umständen zusätzlich Öl, Gas und Strom.

Um alle fossilen Brennstoffe für das Heizen durch elektrische Energie zu ersetzen, würde man eine theoretische Fläche von 14 000 Fussballfeldern mit Solarzellen belegen müssen oder etwa 800 Windräder auf manchem Hügel in der schönen Schweizer Landschaft platzieren. Und dies bei Kosten von mindestens 30 Milliarden Franken für 18 806 GWh pro Jahr.

*Die Quellen und Belege für die hier gemachten Aussagen finden Sie im Buch «Grüne Träume», Johann Widmer, Hrsg., epubli.de.



Um für das Heizen alle fossilen Brennstoffe durch elektrische Energie zu ersetzen, müssten wir unsere schöne Landschaft mit Windrädern verunstalten.

Bild: Unsplash/APPA

DIE RICHTIGEN SCHLÜSSE ZIEHEN

Wirtschaft entlasten!

Die Amerikaner haben seit dem Zweiten Weltkrieg und verstärkt nach dem Kalten Krieg das Prinzip des globalen Freihandels durchgesetzt. Dies in der richtigen Erkenntnis, dass damit die Menschen überall auf der Welt zu mehr Wohlstand kommen.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Doch heute gilt alles andere, denn die jetzige Zollpolitik der amerikanischen Regierung bedeutet eine klare Abkehr vom Freihandel. Dieser sorgte dafür, dass im Interesse der Konsumenten der tüchtigste Anbieter mit den besten und günstigsten Produkten oder Dienstleistungen zum Zug kommt. Wenn sich eine Volkswirtschaft mit Zöllen abschottet, erlahmt ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit.

Die EU hat einen Zollsatz von lediglich 15 Prozent im Gegensatz zur Schweiz mit 39 Prozent Zoll. Dies, weil deren Wirtschaftskraft vergleichsweise massiv geringer ist als jene der Schweiz. Wenn nun Schweizer Unter-

nehmen ankündigen, wegen der tiefen Zölle in die EU übersiedeln zu wollen, könnten sie arg auf die Nase fallen. Denn einerseits ist es keineswegs sicher, wie sich die Zölle in der Schweiz, aber auch in der EU entwickeln. Andererseits müssten die Betriebe auch alle Nachteile der EU in Kauf nehmen, nämlich die grössere Bürokratie, den unfreieren Arbeitsmarkt und die enorme Staatsverschuldung.

Die amerikanischen Zölle sind ein Weckruf: Genau wie die Unternehmen Kosten senken müssen, muss sich der Staat entschlacken. Es ist vorbei mit dem wohlstandsverwahrlosten Irrweg von angeblicher «Nachhaltigkeit», einer sinnlosen CO₂- und Klimapolitik und dem Leerlauf von «Diversitätsprogrammen». Die Wirtschaft ist augenblicklich von unnützen staatlichen Auflagen zu befreien; die ausufernde Bürokratie muss zurückgestutzt werden. So lässt sich selbst aus einer angeblichen Katastrophe noch eine Goldgrube machen!



Die Wirtschaft ist augenblicklich von unnützen staatlichen Auflagen zu befreien; die ausufernde Bürokratie muss zurückgestutzt werden.

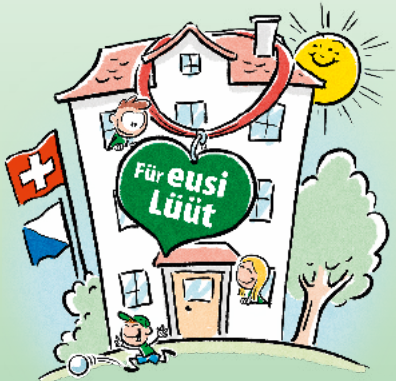
Bild: Pixabay

Unterschriftenbogen Heimatinitiative

Liebe SVP-Mitglieder

Leider wurde der Unterschriftenbogen für die am Sonderparteitag lancierte kantonale Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnnige für eusi Lüüt» aufgrund eines Missverständnisses zwischen unserem Sekretariat und der Druckerei des «Der Zürcher Bote» in der letzten Ausgabe nicht beigelegt. Deshalb erhalten Sie den Unterschriftenbogen mit der heutigen Ausgabe.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!



Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie direkt oberhalb im Impressum.



Die Partei des Mittelstandes

Fadegrad



von
Sean Burgess

Der Steuerzahler als Dealerhelfer

Es war wieder soweit: Die Street Parade rollte durch Zürich, Hunderttausende feierten – und mit-tendrin gab es etwas, das in einem Rechtsstaat eigentlich absurd klin-gen müsste: Gratis-Tests für illegale Drogen, bezahlt von Ihnen und mir, den Steuerzahlern. Wie bitte? Wir leben in einem Land, in dem Besitz und Konsum von gewissen Substanzen ver-boten sind. Aber gleichzeitig rich-tet der Staat Stationen ein, an denen genau diese verbotenen Substanzen getestet werden – mit amtlicher Freundlichkeit, versteht sich. Das ist, als würde man am Rande eines Einbruchs den Einbre-cher höflich fragen, ob sein Brech-eisen rostfrei ist. Der offizielle Grund: «Sicher-heit» und «Schadensminderung». Das klingt schön. In Wahrheit ist es nichts anderes als eine staat-liche Absolution für den Konsum. Wer seine Pillen oder Pulver am Samstag prüfen lassen kann, hat am Sonntag auch weniger Skrup-el, wieder zur nächsten Party zu gehen – Hauptsache, die Dro-gen sind «sauber». Und wer bezahlt das alles? Sie! Der ehrliche Steuerzahler, der frühmorgens aufsteht, arbeitet und sich an Gesetze hält, finan-ziert mit seinen Abgaben eine Dienstleistung für Leute, die be-wusst das Gesetz brechen. Da fragt man sich schon: Wann kommt die Gratis-Tankstelle für Raser? Drogen sind nicht «cool» und auch nicht «Lifestyle». Sie sind asozial – und wer sie braucht, um überhaupt Spass zu empfin-den, hat nicht nur ein Problem, sondern vermutlich mehrere. Die Lösung kann nicht sein, diesen Leuten den roten Teppich auszu-rollen, sondern klare Grenzen zu setzen. Wer sich bewusst ausser-halb der Legalität bewegt, sollte nicht auf staatliche Unterstützung zählen dürfen, sondern mit den Konsequenzen rechnen müssen. Es gibt in Zürich viele Menschen, die dringend Hilfe bräuchten: ältere Alleinstehende, Familien mit tiefem Einkommen, Menschen mit gesundheitlichen Problemen. Jeder Franken, der in den Drogen-test von Partygängern fliesst, fehlt dort. Dass der Staat hier Prioritä-ten setzt, die Kriminellen zugute-kommen, ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die sich jeden Tag an Recht und Ordnung halten. Die Street Parade ist ein riesiges Fest. Sie kann auch ohne Dro-gen bunt, laut und ausgelassen sein – aber nur, wenn wir aufhö-ren, Gesetzesbruch salonfähig zu machen. Der Staat sollte Vorbild sein, nicht Gehilfe.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linke Hetze endet in Gewalt

Im Zürcher Stadtparlament fährt die SVP einen äusserst scharfen Kurs. Die Fraktion meldet sich sehr zugespitzt zu Wort, bringt sich mit eigenen Forderungen erfolgreich ein und korrigiert mit Volksinitiativen und Referenden die Ausrichtung des linken Parlaments. Wie manche Linke darauf reagieren, hat mit Demokratie nichts mehr zu tun.



Samuel Balsiger
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Zürich

Innerhalb der laufenden Legislatur hat unsere Fraktion sechs Volksbegehren erfolgreich zustande gebracht. Obwohl die SVP nur eine kleine Minderheit aller

Sitze stellt, dominiert sie über weite Teile den Ratsbetrieb. Die linke Ratsseite reagiert entsprechend nervös und überfordert. Zudem treten auffallend viele Linke vom Amt zurück. Da die Rotgrünen keine besseren Argumente haben, dämonisieren sie die SVP. Je näher die nächsten Wahlen rücken, umso absurder und unappetitlicher werden die haltlosen Anschuldigungen – teilweise könnte man meinen, die Demokratie stehe kurz vor dem Zusammenbruch.

Angriffe auf Parlamentarier

Auch werfen die Linken der FDP vor, die «Brandmauer nach rechts» eingerissen zu haben, weil die bürgerliche Zusammenarbeit gut bis sehr gut funktioniert. Das zeigt, wie gefürchtet die SVP im rotgrünen Stadtparlament ist. Bei den hetzerischen Worten bleibt es jedoch nicht. In den letzten Monaten wurden zwei Standaktionen der SVP von Links-extremen angegriffen. Dabei verwendeten diese die gleichen unwahren Vor-

würfe, die auch im Parlament gefallen sind. Die linke Hetze aus dem Parlament wird auf die Strasse getragen.

Sogar ein Handgemenge

Wohl da die FDP in der Erzählung der Linken die Steigbügelhalterin der «rechts-populistischen» SVP ist, erfolgte kurz vor den Sommerferien nun auch ein Angriff auf einen FDP-Stand. Die Rede ist von einem Handgemenge. Weiter berichtet ein Augenzeuge: «Der Mob aus 20 Personen versuchte, den zwei Meter hohen und sehr schweren Kühltisch auf einen FDP-Vertreter zu kippen. Dass es keine Verletzten gab, war pures Glück.» Am gleichen Quartierfest bedrohte der linksextreme Mob auch schon die SVP-Gemeinderäte, kam bis auf wenige Zen-timeter an deren Gesicht heran und in der Vergangenheit wurde der dortige SVP-Stand sogar mit Hundekot beworfen. Offenbar ist die politische Linke hilflos – was zeigt, dass die SVP auf dem richtigen Kurs ist.

Wir sind auf Kurs

Was fordert die SVP im Gemeinderat denn überhaupt, dass eine solche Aufre-gung entsteht? Kurz zusammengefasst: weniger Staat, mehr Freiheit. Was keine Staatsaufgabe ist, gehört radikal gestri-chen. Wir wollen all die undurchsichti-gen Flüsse an Steuergeldern, mit denen die Linken sich selbst und ihre Klientel bedienen, trockenlegen. Den ganzen Sumpf in der Verwaltung, den unzähli-gen linken Selbstbeschäftigungs-Vereinen und Organisationen, die am Tropf der Steuerzahler hängen, austrocknen. Klar, dass dies auf der linken Seite hef-tige Reaktionen hervorruft. Wir werden unseren freiheitlichen Weg jedoch unbeirrt weitergehen – für eine sichere Zukunft in Freiheit.



Abseits aller demokratischen Spielregeln: Linksextreme wollen die Bürgerlichen mit Gewalt einschüchtern und zum Schweigen bringen.

Bild: zVg

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Von Innovation, Festen und angehendem Wahlkampf

Der Gemeinderat befindet sich noch in der Sommerpause! Die nächste Sitzung ist für den 4. September 2025 terminiert.



Konrad Lips
Gemeinderatspräsident und
Fraktionspräsident SVP
Dietikon

Dort ist das erste Traktandum Kommuna-le Volksinitiative «Ja zu einer nachhal-tigen Stadtentwicklung». Diese haben wir ziemlich genau vor einem Jahr für ungültig erklärt, weil sie Verstösse gegen übergeordnetes Recht beinhaltete. Die Initianten haben dann den Entscheid an den Bezirksrat weitergezogen. Der Ent-scheid dieser Instanz hat den Initianten jedoch nicht gepasst, weswegen sie die Sache an das Verwaltungsgericht weiter-gezogen haben. Dieses gab der Volksini-tiative eine Teilgültigkeit. Betreffend den Teil, welcher bereits durch den Die-tiker Gemeinderat für ungültig erklärt wurde, ist das Verwaltungsgericht zum selben Schluss gekommen. Die Initian-ten haben das Urteil des Verwaltungsge-richts nicht an das Bundesgericht weitergezogen. So kommt es jetzt zur Volks-abstimmung und die Bevölkerung kann über das Anliegen entscheiden. Ein weiteres Geschäft wird beispiels-weise die Feuerwerkthematik am 1. Au-gust sowie Silvester betreffen.

Stadtfest: Dietikon feiert sich

1. August ist ein gutes Stichwort! Die-ses Jahr haben wir die 1.-August-Feier mit unserer Nachbargemeinde Bergdie-tikon ausgerichtet. Die Festwirtschaft wird vom Feuerverein Dietikon betrie-ben. Für das Programm waren die Stadt Dietikon und die Gemeinde Bergdie-tikon zuständig. Die Festrednerin war Frau Esther Girsberger. Die Stadtmusik Dietikon eröffnete den Festakt, weitere Programmpunkte waren die Stadt-Jod-

ler Dietikon, die Alphornggruppe Reb-berg und die Limmattaler Musikanten. Es geht nicht mehr lange, dann steigt das Stadtfest in Dietikon. Es beginnt am Freitag, 5. September, und geht bis am Sonntag. Mit dabei: verschiedene Künst-ler und viele Vereine aus Dietikon. Es hat drei Bühnen, auf denen die verschie-denen Gruppen auftreten. Die Musik-richtungen gehen von Rock über Pop bis zu Volkstümlich. Also einfach ge-sagt: Es hat für jeden etwas. Auch kuli-narisch wird vieles und Vielseitiges ge-boten; genau so vielseitig, wie unsere Bevölkerung ist. Es ist ein Fest für alle! Wir hoffen auf gutes Wetter und ein gelungenes und friedliches Fest.

Innovation, vom Volk getragen

Der Cleantech Hub Dietikon Limmattal hat einen Innovationswettbewerb Phä-

nomena Challenge 2024 gestartet, das Projekt «Stadtlabor Vertikalbegrünung» konnte eingeweiht werden. Das Ganze ist in enger Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und der Stadt Dietikon entstanden. Das Stadtlabor dient als Plattform zum Sammeln wertvoller Erkenntnisse rund um den Bau und Unterhalt sowie die Informa-tionsvermittlung – für Unternehmen, Behörden und die breite Bevölkerung. Dieses Projekt zeigt gut, dass man In-novation nur gemeinsam voranbring! Das Ganze belegt gut, dass solche Initia-tiven von unten kommen müssen und nicht von der Politik befohlen werden sollten. Es braucht seine Zeit, um solche Ver-änderungen an die Bevölkerung zu brin-gen! Mit solchen Aktionen kann man aber sicherlich auch das Interesse von

Bauherren und Bauträgerschaften we-cken. Und man kann Erfahrungen mit drei verschiedenen Systemen in kleinem Raum sammeln. Wir hoffen, dass noch mehr solche Projekte unter dem Patronat von Clean-tech Hub entstehen werden.

Kommunalwahlen: SVP Dietikon gut aufgestellt

Nun geht es nicht mehr lange und die Kommunalwahlen stehen an. Bei uns findet der erste Wahlgang am 8. März 2026 statt. Unser Stadtpräsident Roger Bachmann und Stadträtin Mirjam Peter kandidieren erneut und die Liste für den Gemeinderat füllt sich ebenfalls langsam. Wir konnten auch junge Frauen und Männer für die Politik begeistern. Jetzt ist es an uns, einen guten Wahlkampf zu machen und erfolgreich aus den Wahlen hervor zu gehen! Die Zeichen stehen gut, dass wir wieder zulegen.



Das Projekt «Stadtlabor Vertikalbegrünung» zeigt, was Innovation bewirken kann, wenn sie von der Bevölkerung getragen und nicht bloss von der Politik auferzungen wird.

Bild: zVg

SVP WÄDENSWIL

Sommer-Grillfest in Hütten

Am Freitag, 8. August 2025, fanden sich etwas mehr als 50 Personen (Mitglieder mit Familien) zum Grillfest der SVP Wädenswil auf dem Hof von Gemeinderat Roland Hitz in Hütten ein. Schöner und wärmer hätte das Wetter nicht sein können, die Partei mit dem Sünneli im Logo wurde durch das «reale» Sünneli verwöhnt.

Parteipräsident Walter Portmann begrüßte alle und bedankte sich bei der Familie Hitz für die Gastfreundschaft und bei Gemeinderat Bruno Cogliati für die reibungslose Organisation des Anlasses. Die Ansprache blieb kurz, da die Politik aussen vor bleiben sollte und das Gesellige und Genüssliche an diesem Abend Vorrang hatten.

Die Führung durch das Hofgelände und die ausführlichen Erklärungen von Roland Hitz zu seiner Tätigkeit als Bauer mit Viehhaltung zeigten auf, welche Verantwortung für die Tiere übernommen wird und welchen Aufwand es mit sich bringt. Nach kürzlich

erfolgt Umbau wird er durch die Robotermaschinen (Melken, Futterzuschieber und Kotreiniger) erheblich entlastet.

Anschließend wurden die Mitglieder durch den Grillmeister mit zartem und feinem Fleisch unterschiedlicher Gattung verwöhnt und das Salatbuffet bestach durch seine Vielfalt. Auch das abschliessende Desserbuffet liess keine Wünsche offen.

Ein wahrhaft gelungener und gemütlicher Anlass, der den Zusammenhalt fördert.

Walter Portmann,
Präsident SVP Wädenswil



Hofbesichtigung, Grilladen und gemütliches Beisammensein: ein gelungener Sommeranlass der SVP Wädenswil.

Bild: SVP Wädenswil

SVP GOSSAU

Gossau ZH steht vor der Einführung einer Schuldenbremse

Um der steigenden finanziellen Belastung der Bevölkerung entgegenzuwirken, hat die SVP Gossau eine Initiative auf Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung erarbeitet. Die FDP schloss sich an, und nun stehen die Zeichen gut, dass die Stimmberechtigten am 28. September 2025 dem Anliegen zustimmen. Das sollte im Kanton und im ganzen Land Schule machen.

Die Finanzlage der Gemeinde Gossau im schönen Zürcher Oberland präsentiert sich nicht gerade rosig. Mit einem Steuerfuss von 117% der einfachen Staatssteuer zählt sie zu den teuersten Gemeinden im Kanton Zürich. Im Jahr 2024 wurde gerade einmal ein Selbstfinanzierungsgrad von 47% erreicht. Die Investitionsausgaben können somit nicht vollumfänglich aus den selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Die Schuldenkurve steigt deshalb steil an.

Auch Gossau leidet unter massiven Belastungen, die im Sozial- und Asylbereich anfallen.

Mit rund 12 Millionen Franken macht der Finanzausgleich rund 15% sämtlicher Erträge aus. Bedeutsam sind auch die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer, die in den vergangenen Jahren regelmässig höher ausfielen als budgetiert.

Angesichts steigender Kosten an vielen Fronten, die den Menschen in unserem Land das Leben erschweren, betrachtet es die SVP Gossau, die zu präsidieren der Schreibende die Ehre hat, als ihre Aufgabe, eine substanzielle und nachhaltige Entlastung herbeizuführen.

Inspiziert von der Stadt Dübendorf und der Gemeinde Egg, die in leicht anderen Situationen bereits Schuldenbremsen eingeführt haben, machte sich eine Arbeitsgruppe daran, eine Initiative zur Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung zu entwickeln.

Von Anfang an holten wir auch die FDP ins Boot, die wertvollen Input lieferte und deren Präsident, Jürg Graf, das Begehren schliesslich mitunterzeichnete, was die Wirkung deutlich vergrösserte.

Wie zu erwarten war, stiess die Initiative beim Gemeinderat nicht auf volle Begeisterung. Aber – und hier zeigt sich einmal mehr die Überlegenheit direkter Demokratie in der Schweiz – man war sich sehr wohl bewusst, dass Schuldenbremsen bei der Bevölkerung beliebt sind. Und ausserdem gelang es der SVP in den letzten Jahren mehrfach, die Mehrheit der Gemeindeversammlung bei Anträgen zur Kostensenkung auf ihre Seite zu ziehen.

Herausfordernd – aber mit Augenmass

Es galt also, eine Niederlage an der Urne zu vermeiden. Der Gemeinderat erarbeitete einen Gegenvorschlag. Nachdem dieser auf Drängen der SVP noch etwas nachgebessert worden ist, haben wir nun eine Vorlage auf dem Tisch, die auch von FDP und SVP mit gutem Gewissen zur Annahme empfohlen werden kann. Wie der Gemeinderat in seiner Medienmitteilung schreibt, ist sie «herausfordernd – aber mit Augenmass».

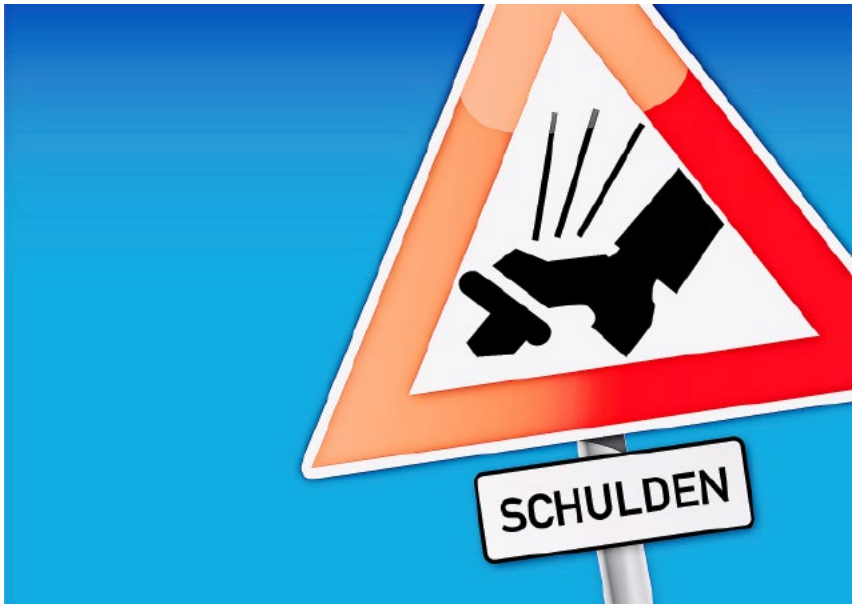
Zum Inhalt

Was bringt die Initiative, über die der Souverän zu entscheiden hat?

- Neu wird der sogenannte Nettoverschuldungsquotient bei 70% festgelegt. Das bedeutet, dass die Nettoschulden der Gemeinde pro Budgetjahr maximal 70% der budgetierten Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen betragen dürfen. Bei Unterschreitung sind zwingend Massnahmen zur Kostensenkung einzuleiten.
- Ergänzend wird ein mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung angestrebt: Über einen Zeitraum von sieben Jahren (vier abgeschlossene Rechnungsjahre, zwei Budgetjahre und ein Planjahr) muss die Erfolgsrechnung insgesamt ausgeglichen sein.
- Bei Überschreitung des Nettoverschuldungsquotienten von 70% ist zudem ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% im Budgetjahr zwingend vorgeschrieben.
- Schliesslich sollen Steuerfusserhöhungen künftig nur dann beantragt werden dürfen, wenn gleichzeitig alternativ Massnahmen zur Kostensenkung in gleicher Höhe wie die zu erwartenden zusätzlichen Steuereinnahmen aufgezeigt werden.

Wir sind zuversichtlich, dass diese Initiative das Plazet der Stimmberechtigten finden wird. Mögen die bürgerlichen Kräfte im ganzen Land dem Beispiel folgen!

Claudio Zanetti,
Alt Nationalrat und Präsident SVP Gossau



Die SVP Gossau hat eine Initiative zur Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung ausgearbeitet.

Bild: Adobe Stock

50.

SCHWAMENDINGER

CHILBI

DER TRADITIONELLE QUARTIERANLASS

Freitag 5. bis Sonntag 7. September 2025

Live-Musik mit dem Hit «Schwamedinge SVP – zämehebe, zälestah, für eusi Freiheit iistah»

Willkommen am SVP-Stand Nr. 32 – hier ist was los!

Erlebe gemütliche Stunden mit feinen Spezialitäten und guter Unterhaltung:

• Beste SVP-Chässchnitten

• Feiner Kartoffelsalat mit Wienerli und Hot Dogs

• Erfrischende Getränke

• Live-Musik mit dem Trio «Ursi & Rolf & Rolli»

• Persönliches Kennenlernen von SVP-Mandatsträgern

• Geselliges Beisammensein im SVP-Zelt

Freitag, 5. September: 18.00-24.00 Uhr

Samstag, 6. September: 11.00-02.00 Uhr

Sonntag, 7. September: 11.00-18.30 Uhr

Komm vorbei – die SVP 12 freut sich auf Dich!

VEREIN

FÜR AKTIVE SENIOREN

Einladung zur Podiumsveranstaltung «Abschaffung des Eigenmietwertes»

➤ Mittwoch, 3. September 2025 um 15:00 Uhr

➤ Restaurant Hotel Sternen, Schaffhauserstrasse 335, in 8050 Zürich-Oerlikon

➤ mit anschliessendem Apéro riche

Am Sonntag, 28. September 2025 kommt unter anderem folgende Vorlage zur Abstimmung:

➤ Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften – (Abschaffung des Eigenmietwertes)

Unter der Leitung von Markus Kägi, ehem. Regierungsrat, diskutieren Markus Meier, Landrat BL und Direktor des HEV Schweiz sowie Urs Dietschi, Kantonsrat ZH und stehen Red und Antwort.

Ihre an unserem Verein interessierten Verwandten und Freunde sind ebenfalls herzlich willkommen. Der Vorstand freut sich sehr, Sie zu diesem Anlass begrüßen zu dürfen.

Für den Vorstand

Hans Egloff

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00–21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Samstag, 30. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz an der Dorfchilbi, Dorfplatz, Bonstetten.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 3. September 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Restaurant Obermühle, Obermühlweg 1, Flaach, mit Gemeindepräsident Matthias Stutz. Thema: Energiegesetz. Nachtessen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder vegetarisch) unter ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Bülach
Freitag, 29. August 2025, 19.30 Uhr, Sternmarsch und Grillabend, Aussichtsturm Hardwald, Dietlikon, mit Nationalrat Lukas Reimann. Treffpunkt zum Abmarsch gemäss Vorgabe der Sektionen.

Bezirk Bülach/Bülach
Freitag, 29. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz am Büüli Fäscht, Marktgasse, Bülach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Samstag, 20. September 2025, 17.00 Uhr, Grillabend, Waldhütte Ettenberg, Howielstrasse 27, Birmensdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung bis 10. September 2025 unter yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch.

Bezirk Hinwil/Rüti
Freitag, 22. August 2025, 19.00 Uhr, Sommer-Höck, Stauberhof, Unter-Moos 1, Rüti.

Bezirk Meilen/Meilen
Freitag, 5. September 2025, 14.00–20.30 Uhr, SVP-Stand am Meilemer Herbstmärt, Kirchgasse, Meilen.

Bezirk Meilen/Zollikon
Donnerstag, 18. September 2025, 20.15 Uhr, Informationsabend, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit den

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Nationalräten Gregor Rutz und Mauro Tuena.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 28. August 2025, 18.30 Uhr, Sommeranlass, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Freitag, 5. September 2025, bis Sonntag, 7. September 2025, SVP-Stand am Stadtfest, Zentrum, Uster.

Bezirk Uster/Volketswil
Freitag, 17. Oktober 2025, bis Sonntag, 19. Oktober 2025, SVP-Stand an der Volketswiler Gewerbeausstellung VOGA, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Bezirk Winterthur
Freitag, 19. September 2025, 18.30 Uhr, Behördenanlass, Firma NUP, Zürcherstrasse 340, Winterthur.

Stadt Winterthur/Seen
Freitag, 5. September 2025, bis Sonntag, 7. September 2025, SVP-Stand an der Seemer Dorfet, Ecke Seenerstrasse/Werdstrasse, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich/Kreis 10

Freitag, 22. August 2025, 18.00 Uhr, Grillabend, Armbrustschützenhaus, Kappenhühlstrasse 80, Zürich-Höngg, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Christoph Marty.

Samstag, 30. August 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 6. September 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 13. September 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 20. September 2025, 09.30–11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 29. August 2025, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Samstag, 30. August 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 13. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Sonntag, 21. September 2025, 10.00–14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzensenstrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Mauro Tuena sowie den Kantonsräten Ueli Bamert und Susanne Brunner.

Samstag, 27. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Stadt Zürich/Kreis 12

Freitag, 5. September 2025, bis Sonntag, 7. September 2025, SVP-Stand an der Schwamendinger Chilbi, Stettbachweg, Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 13. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 20. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 27. September 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

AUSGEBUCHT:
Mittwoch, 27. August 2025, 13.45–17.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6, Zürich.

Mittwoch, 3. September 2025, 15.00 Uhr, Abstimmungspodium des Vereins für aktive Senioren, Restaurant Hotel Sternen, Schaffhauserstrasse 335, Zürich. Anschliessend Apéro.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

SVP-Polit-Apéro

SVP  **Züri 11**

Wir laden Sie freundlich zu unserem politischen Diskussions-Forum ein. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!



Tobias Weidmann
Kantonsrat und Fraktionspräsident
SVP Zürich

Politik für Eusi Lüt

Ort:

Restaurant Bürgli
Seebacherstrasse 65
8052 Zürich

Programm:

ab 18⁰⁰ Uhr Eintreffen
18¹⁵ Uhr Referat
18⁴⁵ Uhr Fragen und Diskussion
19¹⁵ Uhr geselliges Beisammensein



Einladung zu Podiumsgesprächen zu den September-Abstimmungen

Abstimmungen vom 28. September 2025: Abschaffung Eigenmietwert & Energiegesetz

Programm:
ab 18:30 Uhr: Spiis & Trank mit Wurst & Brot
ca. 19:20 Uhr: Podium Abschaffung Eigenmietwert
anschliessend: Podium Kantonales Energiegesetz

Wann:
Mittwoch, 3. September 2025, 19.30 Uhr

Wo:
Restaurant Sagi
Wiesendangerstrasse 15
8543 Bertschikon

Es debattieren:



Nationalrat (SVP) Martin Hübscher
JA-Parole Eigenmietwert
NEIN-Parole Energiegesetz



Kantonsrätin (Grüne) Selma L'Orange Seigo
NEIN-Parole Eigenmietwert
JA-Parole Energiegesetz



Kantonsrat (Grüne) Florian Heer
NEIN-Parole Eigenmietwert
JA-Parole Energiegesetz



Kantonsrat (SVP) Tobias Weidmann
JA-Parole Eigenmietwert
NEIN-Parole Energiegesetz

Unterstützt durch:
**H E V** Region Winterthur




Spenden: CH84 0070 0114 8037 2612 2